

A classe

S.G.H. Iran. III.0

Vertraulich

Bericht über die Kontaktnahme in Iran (28. November-3. Dezember 1975)
und Irak (3.-8. Dezember 1975)

Entsprechend dem Antrag des EVD an den Bundesrat vom 17. November 1975 haben der Präsident der Schweizerischen Nationalbank, Dr. F. Leutwiler, und der Direktor der Handelsabteilung, Botschafter Dr. P.R. Jolles, eine Erkundungs- und Informationsreise nach Iran und Irak durchgeführt und bei diesem Anlass Sondierungen über die Wünschbarkeit einer vertraglichen Regelung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen in Form eines Wirtschaftsabkommens oder einer Vereinbarung über die Einsetzung einer Gemischten Kommission vorgenommen. Mit dieser Reise wurden die Bestrebungen fortgesetzt, mit den wichtigeren Handelspartnern unter den OPEC-Staaten des Mittleren Ostens auf Regierungsebene offizielle Kontakte aufzunehmen, um einerseits die Voraussetzungen für eine Ausdehnung der Wirtschaftsbeziehungen zu verbessern und andererseits auf dem Währungssektor eine Zusammenarbeit zwischen den Notenbanken anzubahnen und den Druck auf den Schweizerfranken zu mildern und von allfälligen grösseren Investitionsvorhaben Kenntnis zu erhalten. Dass nach dem Besuch vom vergangenen April in Saudi Arabien Iran und Irak im Vordergrund standen, ergab sich aus dem Umstand, dass es sich hier, im Gegensatz zu Saudi Arabien, um zwei bevölkerungsreiche Länder handelt, die ihre Erdöleinnahmen voll und ganz für die eigene Entwicklung einzusetzen trachten (sog. "high absorbers"). Iran ist zudem schon heute der wichtigste Handelspartner der Schweiz im Mittleren Osten und nach Japan und Hongkong der wichtigste Markt in Asien. Irak nimmt nach Saudi Arabien den dritten Platz ein. Ferner wurde mit diesen Besuchen ein offizieller Kontakt mit zwei Staaten geknüpft, die, ob schon beide Mitglieder der OPEC, verschiedenen politischen Lagern angehören. Iran fühlt sich stark mit dem Westen und der kapitalistischen Welt verbunden, während Irak seit der Baath-Revolution im Einflussbereich des Ostens steht und ein staatswirtschaftliches und politisches System aufgebaut hat, das gewisse Züge einer Volkdemokratie aufweist. Irak ist zudem einer der Hauptexponenten der

arabischen Politik und tritt als Vertreter der "arabischen Nation" auf.

Beide Länder, Iran und Irak, sind Teilnehmer an der bevorstehenden Konferenz der "27" über die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit. Eine Fühlungnahme drängte sich daher auch im Hinblick auf den "Dialog" auf.

Das Ergebnis der Reise kann, jedenfalls was Iran betrifft, als durchaus befriedigend bezeichnet werden. Kurz zusammengefasst, lassen sich folgende Hauptpunkte festhalten:

I. Iran

1. Allgemeiner Eindruck und Bereitschaft zum Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit der Schweiz

Die Aufnahme unserer Delegation war betont freundschaftlich und in protokollarischer Hinsicht aussergewöhnlich. Dabei hat zweifellos der Umstand mitgespielt, dass dieser Reise zwei Treffen mit dem iranischen Herrscher in Zürich auf Ebene des Bundespräsidenten und des Chefs des Volkswirtschaftsdepartements sowie ein Besuch des iranischen Aussenministers in Bern vorausgegangen waren, in deren Verlauf die Stellung des Direktors der Handelsabteilung als mit derjenigen eines Staatssekretärs vergleichbar bezeichnet worden war. Nach iranischen Gepflogenheiten wäre es sonst nicht möglich gewesen, mit Regierungsmitgliedern in Kontakt zu kommen. Die Delegation wurde vom Schah während beinahe einer Stunde empfangen, was als aussergewöhnliches Entgegenkommen angesehen werden muss, und hatte ferner Zugang zum Premierminister, zum allmächtigen Präsidenten der iranischen Erdölgesellschaft (früherer Premierminister) sowie zu den beiden "starken Männern" in der Regierung, dem Innenminister Amouzegar und dem Wirtschafts- und Finanzminister Ansary, zudem zum Planungsminister, zum Industrieminister, zum Wohnbau- und zum Handelsminister. Der Präsident der Nationalbank konnte vertiefte Gespräche mit dem iranischen Notenbankgouverneur führen. Die Delegation war offiziell Gast des Wirtschafts- und

- 3 -

Finanzministers; der eigentliche "Verhandlungspartner" des schweizerischen Delegationschefs war der rangälteste Vizeminister des Wirtschafts- und Finanzministeriums, Shoraka.

Aussergewöhnlich war auch die laufende Kommentierung der Gespräche durch die iranische Presse, obschon gleichzeitig gewichtigere Regierungsdelegationen in Teheran weilten (z.B. der französische Industrieminister und der rumänische Premierminister). Es schien der Regierung daran zu liegen hervorzuheben, dass sich auch ein Land wie die Schweiz, das offenbar über ein hohes Prestige, aber auch über den Ruf betonter Zurückhaltung verfügt, um die Pflege guter Beziehungen zu Iran bemühe. Jedenfalls wurde von unseren Gesprächspartnern verschiedentlich bemerkt, dass sich nun "endlich auch die Schweiz" offiziell an Iran zu interessieren beginne. Das Interesse am Ausbau der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen wurde unumwunden bestätigt. Die Gründe hiefür sind offensichtlich die folgenden:

In erster Linie ist Iran an der schweizerischen Technologie interessiert. Die Industrialisierung soll in einer Art und Weise erfolgen, die sich der fortschrittlichsten Produktionsmethoden bedienen kann. Ausschlaggebend ist dabei der schweizerische Ruf der technischen Perfektion und Spezialisierung. Iran will sich diese Technologie in erster Linie auf dem Wege von schweizerischen Investitionen, die aber nur die Form von Minderheitsbeteiligungen annehmen dürften, aneignen. Jeder Gesprächspartner hat den Wunsch nach "joint ventures" ausgesprochen. Ueberspitzt ausgedrückt - der Schah hat persönlich eine derartige Bemerkung fallen lassen - würde man es am liebsten sehen, wenn die schweizerische Industrie sich nach Iran verlagern und ihre Exporttätigkeit von dort aus durchführen würde! Verschiedentlich wurde die Errichtung einer Uhrenfabrik gewünscht.

Ein zweites Bestreben Irans geht dahin, auf dem Erdöl- und Erdgassektor bilaterale Verträge abzuschliessen und die multinationalen Gesellschaften auszuschalten. Man hat jedoch ein gewisses Verständnis für die Schwierigkeiten der Schweiz, bilaterale Lie-

ferverträge einzugehen. Langfristig wird dieses Ziel aber als erstrebenswert bezeichnet.

Schweizerischerseits wurde darauf hingewiesen, dass in der heutigen Situation die Erhaltung von Arbeitsplätzen für uns Priorität habe und dass wir daher das Hauptgewicht auf den Warenexport legen möchten. Iran scheint bereit, seine Bezüge zu erhöhen, wünscht jedoch gleichzeitig, für seine neuen Industrieprodukte Zugang zum schweizerischen Markt zu finden. Eine gewisse Liberalisierung des Einfuhrregimes, sogar auf dem Textilsektor, scheint nicht ausgeschlossen.

Das Hauptproblem wird darin bestehen, einen Ausgleich zwischen dem iranischen Wunsch nach Investitionen und dem schweizerischen Wunsch nach Direktexporten zu finden.

Ferner wird das Bestreben Irans nach Investitionen dazu benützt werden müssen, eine Klärung bzw. Verbesserung des Investitionsklimas zu erzielen. Wir haben auf die Problematik hingewiesen, die sich aus den kürzlichen Gesetzen über die Beschränkung der ausländischen Beteiligungen, die Verteilung der Aktien an die Arbeiterschaft und die Preisüberwachung ergibt.

2. Projekte und Wirtschaftssektoren, die sich für eine Zusammenarbeit eignen

Trotz der bei der Durchführung des ehrgeizigen Entwicklungsplanes eingetretenen Engpässe (rückläufige Erdöleinnahmen, Verstopfung der Verkehrswege, Mangel an qualifizierten Arbeitskräften) wird an den Planzielen festgehalten, doch sollen diese zeitlich gestaffelt werden. Dementsprechend scheinen sich für die Schweiz die besten Möglichkeiten zu ergeben bezüglich

- Landwirtschaft. Hier wünscht Iran die Lieferung von Zuchtvieh, von landwirtschaftlichen Maschinen sowie Hilfe beim Ausbau des Milchwirtschaftssektors.
- Industrie. Im Vordergrund dürften für die Schweiz Projekte auf dem Sektor der Elektrizitätswirtschaft, der Apparate und Vermes-

sungsgeräte sowie der chemischen und pharmazeutischen Industrie liegen. Allerdings wurde Kritik an der Preispolitik der pharmazeutischen Industrie geäußert.

- Oeffentliche Arbeiten, Ausbau der Strassen und Eisenbahnen. Angesichts des gebirgigen Terrains wird davon ausgegangen, dass schweizerische Erfahrungen in diesem Bereich nützlich eingesetzt werden könnten. Unsere Ingenieurbureaux dürften eine gute Einsatzmöglichkeit besitzen.
- Industrieller, öffentlicher und privater Wohnungsbau. Iran benötigt jährlich ca. 200'000 Neuwohnungen. Die Bauwirtschaft ist stark im Rückstand. Das gleiche gilt für die Möbelindustrie.
- Bank- und Versicherungswesen. Iran hat die Ambition, die Rolle Beirut als Finanzzentrum für den Mittleren Osten zu übernehmen. Ferner interessiert sich die Regierung für schweizerische Dienstleistungen bezüglich Versicherung und Kontrolle der Ankäufe im Ausland.
- Hotellerie und Fremdenverkehr. Iran interessiert sich sowohl für Beratung bezüglich des Ausbaus des Fremdenverkehrs wie für Ausbildung und Investitionen in den Hotelbau. Es will nicht nur den ausländischen Tourismus, sondern auch den internen Fremdenverkehr ausbauen.

3. Wirtschaftsabkommen / Gemischte Kommission

Der Abschluss eines Wirtschaftsabkommens nach dem unserem Antrag an den Bundesrat vom 17. November beigelegten Muster stösst auf Schwierigkeiten. Iran will weder dem in Art. 2 vorgesehenen Grundsatz der Meistbegünstigung noch dem in Art. 5 stipulierten Schutz der gewerblichen Eigentumsrechte und des Urheberrechts zustimmen. Letzteres sei in der nationalen Gesetzgebung genügend verankert und die Meistbegünstigung habe sich angesichts der Präferenzpolitik der EWG als inhaltslos erwiesen. Der uns von Iran unterbreitete Gegenentwurf würde, nach unserem Ermessen, zu einseitig das Gewicht auf die Förderung der Investitionstätigkeit legen.

Wir haben uns daher darauf beschränkt, eine Vereinbarung über die Einsetzung einer Gemischten Regierungskommission abzuschliessen. Nach gegenseitiger Auffassung dürfte diese vertragliche Grundlage für den beabsichtigten Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen ausreichen. Die Forderung der Schweiz, den Privatsektor in die schweizerische Delegation einzubeziehen, stiess anfänglich auf Schwierigkeiten, wurde dann aber schliesslich unter der Bedingung akzeptiert, dass auch Sitzungen, die auf die Regierungsvertreter beschränkt bleiben, abgehalten werden könnten. Obschon Iran bisher rund 30 Gemischte Kommissionen eingesetzt hat, ist die schweizerische die erste, die die Möglichkeit der Mitwirkung von Spitzenvertretern der Wirtschaft ausdrücklich erwähnt.

Die Iraner legen Wert darauf, dass die Gemischte Kommission auf möglichst hoher Regierungsebene zusammentritt. Die Bereitschaft des Chefs des Volkswirtschaftsdepartements, die Leitung der schweizerischen Delegation zu übernehmen, wurde mit Genugtuung registriert. Dementsprechend wird auf iranischer Seite der Finanz- und Wirtschaftsminister Ansary das Präsidium übernehmen.

4. Währungsgespräche und Unterredung mit dem Schah

Ueber den ersten Punkt wird zweifellos der Präsident der Schweizerischen Nationalbank einen eigenen Bericht verfassen. Bezüglich der Einzelheiten des mit dem Schah geführten Gesprächs folgt eine separate Notiz. Es wurde neben bilateralen auch die Frage des "Dialogs" angeschnitten.

5. Erdölpolitik und Konferenz der "27" über die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit

Auffallend war die emotionsgeladene Argumentation, sobald dieses Thema angeschnitten wurde. Die algerische Dogmatik ist noch keineswegs abgebaut. Dies bestärkt uns in der Auffassung, dass der vorgesehene "Dialog" nur dann zum erwarteten

Ergebnis führen kann, wenn es gelingt, die Diskussion auf den nüchternen Boden konkreter wirtschaftlicher Tatbestände und Massnahmen zurückzuführen. Für ein Land wie die Schweiz wäre es ausserordentlich gefährlich, sich auf die emotionsgeladene politische Argumentation einzulassen, da auch die positivsten Formulierungen als verschleierte Verteidigung einer ausbeuterischen Weltwirtschaftsordnung gedeutet würden.

Das iranische Interesse liegt eindeutig auf der Sicherung der Kaufkraft der Petrodollars und der internationalen Anerkennung der Erdölpreiserhöhungen als durch die Inflation gerechtfertigt. Für die künftige Preispolitik soll einerseits vom Preis der Alternativenenergien ausgegangen werden - unsere Gesprächspartner bezeichneten den Vorschlag der IEA für einen MSP in der Höhe von 6 bis 8 Dollar als unrealistisch tief und behaupteten, Ersatzenergie koste 13 bis 16 Dollar - und andererseits von der Preisentwicklung der Exportgüter der Industriestaaten - Grundsatz der Indexierung, auch wenn dieser Begriff anders umschrieben werden könne.

6. Schlussfolgerung und nächste Schritte

In erster Linie gilt es, die auf April oder Mai vorgesehene Tagung der Gemischten Kommission möglichst sorgfältig vorzubereiten. An dieser Sitzung sollen spezifische Projekte diskutiert werden. Schweizerischerseits wird man deshalb eine Bestandesaufnahme sämtlicher hängenden Vorhaben vornehmen müssen. Ferner wird es nützlich sein, auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, auf die schweizerische Unternehmen in Iran stossen. Drittens sollten spezifische Vorschläge über Warenlieferungen und ^{weitere} Projektbeteiligungen, die für unsere Wirtschaft von Interesse wären, unterbreitet werden können. Viertens wird die Schweiz auf handelspolitische Schwierigkeiten, denen wir begegnen, aufmerksam machen müssen; umgekehrt aber auch Vorschläge über die Förderung iranischer Importe zu machen haben.

- 8 -

Diese Vorbereitung der Sitzung der Gemischten Kommission wird vor allem von der Wirtschaft selber durchzuführen sein, und wir bitten den Vorort sowie die OSEC, das Nötige vorzukehren. Dabei kann natürlich auch vom Ergebnis der Vorortsmision ausgegangen werden.

Ein zweiter wichtiger Problembereich betrifft den Ausbau des wirtschaftlichen Vertretungsnetzes in Iran. Die Schweizerische Botschaft, der bei dieser Gelegenheit für die ausgezeichnete Vorbereitung unserer Mission und die unermüdliche Unterstützung unserer Bemühungen gedankt sei - Herr Botschafter Wetterwald ist bereits bestens eingeführt - bedarf eines eigentlichen Wirtschaftsdienstes. Es sollte ihr möglichst rasch ein Botschaftsrat, der mit den wirtschaftlichen Angelegenheiten vertraut ist und über einen jungen Mitarbeiter verfügen müsste, zugeteilt werden. Parallel dazu wäre die Frage der Errichtung einer Iranisch-Schweizerischen Handelskammer oder eines Schweizerischen "Trade Center" zu prüfen.

II. Irak

Im Gegensatz zu Iran wurde die schweizerische Delegation in Irak auf Beamteniveau empfangen und betreut. Nur für die Gespräche des Präsidenten der Nationalbank waren zum voraus die nötigen Vorbereitungen getroffen worden. Es bedurfte ständiger Insistenz, um mit Regierungsmitgliedern in Kontakt zu kommen. Die entsprechenden Rendez-Vous wurden improvisiert und die Gespräche waren wenig ergiebig. Immerhin kamen Kontakte mit dem Wirtschaftsminister (Al-Hazzawi), dem Staatssekretär im Wirtschaftsministerium (Al-Ubaidi), dem Petroleumminister sowie dem Staatssekretär im Industrieministerium (Al-Samara) zustande. Dagegen verweigerte man uns einen Kontakt mit dem für das Projekt der technischen Hochschule Bagdad zuständigen Erziehungsminister oder dem Staatssekretär im Planungsministerium, wohl wissend offenbar, dass die Beteiligung an diesem Projekt für die Schweiz von grösstem Interesse ist.

Auch bezüglich des Abschlusses eines Wirtschaftsabkommens oder der Einsetzung einer Gemischten Kommission konnten keine Fortschritte erzielt werden. Der schweizerische Entwurf wurde als "uninteressant" zurückgewiesen. Die Unterbreitung eines Gegenentwurfs sei erst nach politischer Entscheidung durch den Revolutionsrat möglich; er werde eine Reihe spezifischer Verpflichtungen enthalten, die übernommen werden müssten. Offenbar schwebt Irak vor allem eine staatliche Garantie für die von der Privatwirtschaft durchgeführten Projekte vor.

Der Grund für diese Zurückhaltung dürfte zum Teil in der Verstimmung über schweizerische politische Äusserungen im Zusammenhang mit der Antizionismus-Resolution der UNO liegen.

Trotzdem dürfte sich die Kontaktnahme gelohnt haben. Jedenfalls legten die irakischen Beamten Wert auf die Fortsetzung der Gespräche und erklärten, einen Gegenbesuch in der Schweiz in Aussicht zu nehmen. Das wirtschaftliche Interesse von Irak am Direktimport schweizerischer Investitionsgüter - Investitionen kommen angesichts des staatswirtschaftlichen Systems nicht in Frage - scheint gross zu sein. Besonderes Gewicht wird auch auf den Bausektor und den Tourismus gelegt.

Des weiteren konnten wir in Erfahrung bringen, dass für die Importe vom Wirtschaftsministerium jährlich ein genauer Plan aufgestellt wird, der eine laufende Verlagerung des Schwergewichts vom Konsumgüter- auf den Investitionsgütersektor vorsieht. War das Verhältnis 1974 noch 60 % Investitionsgüter zu 40 % Konsumgüter, soll es 1976 80 : 20 sein.

Die Ausschreibungen für Grossprojekte erfolgen regelmässig in der Presse. Daneben werden in zahlreichen Fällen Offerten bei einzelnen Ländern und Unternehmungen direkt eingeholt. Wir hatten den Eindruck, dass die Iraker über die schweizerische Produktionsstruktur ziemlich gut Bescheid wissen.

Der Entscheid über den Zuschlag soll in erster Linie auf Grund des Preises, der Technologie und der mit dem Angebot verbundenen Dienstleistungen (insbesondere Ausbildung der technischen Kader) erfolgen. Auch die eingeräumten Kreditfazilitäten würden

eine Rolle spielen; Irak wünscht aus "psychologischen Gründen" weiche Bedingungen. Bei ungefähr gleichwertigen Angeboten würden diejenigen aus Ländern, mit denen ein Wirtschaftsabkommen besteht, vorgezogen. Es soll drei Typen von Wirtschaftsabkommen geben: reine Handelsverträge, Handels- und Kooperationsabkommen sowie Abkommen über Handel, Kooperation und technische Zusammenarbeit.

Weiteres Vorgehen

Solange die politische Frage der Bereitschaft zum Abschluss eines Wirtschaftsabkommens oder zur Einsetzung einer Gemischten Kommission nicht abgeklärt ist, dürfte die schweizerische Privatwirtschaft grössere Chancen haben, wenn sie ohne besondere staatliche Unterstützung vorgeht. Inzwischen sollten jedoch auch mit Bezug auf Irak die Unterlagen für eine nächste Gesprächsrunde in dem Sinne vorbereitet werden, dass eine Bestandesaufnahme sämtlicher hängenden Projekte, der allfällig aufgetretenen Schwierigkeiten und der Wünsche für zukünftige Exporte vorgenommen wird. Da sich Irak zudem ausgesprochen an der Ausbildung von technischen Kadern interessiert zeigt, wären die diesbezüglichen Möglichkeiten zu ermitteln und allenfalls gewisse irakische Persönlichkeiten in die Schweiz einzuladen.

Besonders dringend erscheint uns der Ausbau der Wirtschaftsvertretung in Bagdad. Die Tatsache, dass der schweizerische Botschafter in Beirut residiert, erschwert den Zugang zu den Ministerien. Es sollten daher sowohl mit Bezug auf das Niveau der schweizerischen diplomatischen Vertretung in Irak als auch mit Bezug auf den Ausbau eines eigentlichen Wirtschaftsdienstes Überlegungen angestellt werden.

Im übrigen sei auch dem dortigen Geschäftsträger und seinem beschränkten Stab für die im Zusammenhang mit unserer Reise unternommenen Bemühungen gedankt. Der gleichzeitige Aufenthalt von Botschafter Natural in Bagdad erwies sich als besonders wertvoll.

* *

*

- 11 -

Als Illustration für die Bedeutung von Iran und Irak für unseren Aussenhandel sei erwähnt, dass unsere Exportzuwachsrate nach Iran 1974 41 %, in den ersten 10 Monaten 1975 sogar 51 % betrug; nach Irak in den ersten 10 Monaten 1975 83 %.

A handwritten signature in black ink, consisting of several fluid, connected strokes, located in the lower right quadrant of the page.